



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Horst Arnold, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Florian Ritter, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen SPD**

Haushaltsplan 2015/2016;

hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: Servicebereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften: 100 neue Stellen für Schreibkräfte für Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kap. 04 04 Tit. 428 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Stellenplan im Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) werden im Tit. 428 01 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen) im Haushaltsjahr 2015 100 neue Planstellen für Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 geschaffen.

Infolge der neuen Stellen erhöht sich die Stellenzahl der Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 im Haushaltsjahr 2015 von 2.305,32 Planstellen auf 2.405,32 Planstellen und im Haushaltsjahr 2016 von 2.307,32 Planstellen auf 2.407,32 Planstellen.

Die neu ausgebrachten Planstellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 Entwurf Haushaltsgesetz 2015/2016 zum 1. Oktober 2015 besetzbar.

Zur Finanzierung der neu ausgebrachten Planstellen wird im Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) im Tit. 428 01 (Entgelte der Arbeitnehmer) der Ansatz im Haushaltsjahr 2015 von 141.809,4 Tsd. Euro um 641,1 Tsd. Euro auf 142.450,5 Tsd. Euro erhöht, im Haushaltsjahr 2016 von 144.209,5 Tsd. Euro um 2.564,5 Tsd. Euro auf 146.774,0 Tsd. Euro.

Begründung:

Die Arbeit der Richter und Richterinnen und Staatsanwälte und Staatsanwältinnen wird massiv durch Personalnot im Servicebereich beeinträchtigt. Es muss nicht nur in erheblichem Umfang Arbeitskraft für Schreibarbeit und andere Bürotätigkeiten aufgewendet werden, das Liegenbleiben oder die verspätete Ausführung von Verfügungen führt nicht nur zu ver-

meidbaren Verzögerungen im Arbeitsablauf, sondern auch zum Platzen von Terminen.

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2015/2016 werden 100 neue Stellen für Justizsekretärwärter und Justizsekretärwärterinnen ausgebracht, die nach ihrer Ausbildung als Justizsekretäre und Justizsekretärinnen in der BesGr A 6 für den Servicebereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften zur Verfügung stehen. Ausgebildete und in der Praxis der Servicebereiche bewährte Justizfachwirte sind außerdem auch ein wichtiges Reservoir für den Gerichtsvollziehernachwuchs.

Neben den Justizfachwirten sind im Geschäftsstellen- bzw. Servicebereich der Gerichte und Staatsanwälte auch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen beschäftigt, deren tarifliche Eingruppierung nach der EGr 6 des TV-L erfolgt. In der Regel bewerben sich Rechtsanwalts- oder Notarfachangestellte auf diese Stellen. In den letzten Jahren ist eine stetige Abnahme dieser Stellen zu verzeichnen. Das betrifft auch die Geschäfts-/Servicestellen bei der Bewährungshilfe. Langfristige Erkrankungen und nicht nachbesetzte freie Stellen stören den Verwaltungsablauf, gewährleisten nicht vollumfänglich die telefonische und persönliche Erreichbarkeit der Dienststellen und führen unter Umständen zur verzögerten Erledigung des Versands von Akten, Anlagen und Anforderungen. Eine weitere Übernahme dieser reinen Verwaltungstätigkeiten ist den bayerischen Bewährungshelfern und Bewährungshelferinnen nicht zumutbar. Die ureigentliche Aufgabe von Bewährungshelfern und Bewährungshelferinnen ist der direkte Umgang mit Probanden und nicht die Erledigung von Verwaltungsaufgaben.

Der Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften für das Haushaltsjahr 2015 und der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 weisen in der EGr 6 2.305,32 und 2.307,32 Stellen für Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen aus. Die Antragsteller fordern, dass zu diesen Stellen ab 1. Oktober 2015 100 neue Stellen hinzukommen, so dass sich infolge der neuen 100 Stellen die Stellenzahl der Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 im Haushaltsjahr 2015 von 2.305,32 Planstellen auf 2.405,32 Planstellen und die Stellenzahl im Haushaltsjahr 2016 von 2.307,32 Planstellen auf 2.407,32 Planstellen erhöht.